

LITAUENDEUTSCHE WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS¹

Die Dissertation von Harry Stossun „Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges“ (Marburg, Herder Institut, 1993) ermöglicht uns, ein recht genaues Bild über die Litauendeutschen in diesem Zeitabschnitt zu gewinnen. Diese umfangreiche Untersuchung beruht fast ausschließlich auf bisher nicht ausgewerteten Quellen aus deutschen und litauischen Archiven. Unter Berücksichtigung dieser Dissertation und anderen Untersuchungen möchte ich noch einmal Rückschau halten auf die damaligen Umsiedlungen und auf die Behandlung der Litauendeutschen durch die deutsche, litauische und sowjetische Obrigkeit. Besonders möchte ich die Reaktion der Litauer bezüglich der Sonderwege der deutschen Landsleute erhellen, sowie die Beweggründe und das Selbstverständnis der Litauendeutschen erspüren. Da darüber leider nur wenige Aussagen seitens der Betroffenen vorliegen, werde ich teilweise die damaligen Presseberichte heranziehen.

1. Litauen: Heimat oder Vaterland?

Das größte Problem aller Minderheiten ist ihr Verhältnis zu dem Staat, in dem sie leben. Ausschlaggebend für einen normalen und konfliktfreien Zustand ist das Bewußtsein der Minderheit, daß ihre Glieder sich in diesem Land wohlfühlen, und die Erkenntnis des Staates, daß er sich auf die Minderheit verlassen kann. Minderheiten, die sich nicht in die Gesellschaft des Landes integrieren lassen und sich mehr als Bürger des Nachbarstaates empfinden, geraten leicht in einen Zwiespalt. Besonderen Belastungen sind Minderheiten in Konfliktsituationen zwischen ihrem Herkunftsland und dem Staat, in dem sie leben, ausgesetzt. Doch auch in der Aufbauphase eines Staates sind viele Schwierigkeiten zu überwinden. Hierbei müssen die

¹ Vortrag, gehalten auf der Kulturtagung der Landsmannschaft der Litauendeutschen am 22.4.1995 in Murrhardt.

Minderheiten zuerst ihren Platz finden, und der Staat muß begreifen, daß er auch den Minderheiten seinen Schutz bieten muß.

Litauendeutsche haben beim Entstehen der neuen litauischen Republik 1918-1920 sehr zwiespältige Gefühle gezeigt. Das lange gedeihliche Zusammenleben mit der Titularnation bewog sie, in diesem neuen Staat zu verbleiben und sich am Aufbau zu beteiligen. Andererseits haben die wenigen Führungskräfte der Litauendeutschen ihrer Vorzugsstellung unter der deutschen Okkupation 1915-1919 nachgetrauert. Sie haben in den zwanziger Jahren viel Energie darauf verwendet, deutsche Positionen zu erhalten und zu stärken. Allzu häufig ließen sich Litauendeutsche gerade in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre von der deutschen Regierung und manchen deutschen Organisationen für bestimmte Interessen Deutschlands in Litauen vereinbaren. Der litauendeutschen Führungsschicht fehlte das Bewußtsein, daß auch sie eine Stütze des litauischen Staates sein kann. Erst das Scheitern der deutschen Partei und die Beendigung des unglückseligen Kirchenstreites um die Führung der lutherischen Kirche brachte eine Wende. Etwa ab 1928 sah man ein, daß es nicht um Abgrenzungen vom litauischen Staat, sondern um Zusammenarbeit mit ihm geht.

Andererseits hat auch der litauische Staat es seinen deutschstämmigen Bürgern nicht leicht gemacht, Vertrauen zu diesem Staat zu entwickeln. Mitte der zwanziger Jahre erstarkte unter den Litauern der Wunsch, den Einfluß der bislang recht starken Minderheiten im Lande zu beschneiden. Ironie der Geschichte, daß gerade in den Jahren der autoritären und nationalistischen litauischen Regierung zwischen 1926-1938 die deutsche Minderheit sich immer mehr an diesen Staat gewöhnte, zumindest ihn nicht mehr in Frage stellte. Wenn im Aufbaustadium des litauischen Staates nur wenige Gebildete unter den Deutschen - wie Pfarrer August Wiemer oder General Emil Wiemer - ganz bewußt für ihn eintraten, so empfanden Anfang der dreißiger Jahre wohl die meisten Deutschen Litauen nicht nur als ihre Heimat, sondern auch als ihr Vaterland. Doch der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland und die massive Einflußnahme seitens der NSDAP auf den Kulturverband der Deutschen Litauens bedingten einen langsamen Wandel in dieser Einstellung zum litauischen Staat.

Dafür gab es mehrere Ursachen. Zwar hat der litauische Staat die Minderheiten nicht verfolgt, aber sie doch mit Mißtrauen beäugt, beschattet und von ihnen übertriebene Loyalität erwartet. Auf der anderen Seite begeisterten die Nazierfolge in Deutschland besonders jüngere Litauendeutsche, die anfangen, die nationalsozialistische Ideologie zu verinnerlichen. Die fast totale finanzielle Abhängigkeit des Kulturverbandes von Deutschland bewog auch die Führung, sich immer öfter nach Berlin auszurichten. Stossun zeigt auf, wie seit 1936 die nationalsozialistische Ideologie auf Litauen übergriff. Schulungen für leitende Mitarbeiter des Kulturverbandes und der Jugendorganisationen wurden im Reich arrangiert. In der deutschen Presse Litauens überwogen bald Naziterminologie und Jubelnachrichten über Deutschland. Innerhalb weniger Jahre wurden auch in Litauen nach den Vorstellungen der Nazis neue organisatorische Strukturen in der deutschen Gruppe geschaffen, wie die paramilitärische Deutsche Mannschaft im Frühjahr 1939 oder Jugendorganisationen in Anlehnung an die Hitlerjugend seit 1938. Bereits Anfang 1940 erfaßten diese Jugendorganisationen etwa 1000 Jugendliche. Am 4.3.1939 bekannte sich der Kulturverband unter seinem Leiter Oskar von Reichardt zum Nationalsozialismus, also zu einer Zeit, als der Untergang Litauens noch keineswegs feststand. Für alle diese Funktionäre und Aktiven bedeutete schon damals Litauen emotional nicht mehr ihr Vaterland. Diese Funktion übernahm immer mehr Deutschland. Das galt allerdings nicht für die Mehrheit der Litauendeutschen auf dem Lande. Besonders die konservative bäuerliche Schicht hielt sehr wenig von jeglicher Ideologie. Auch ein Teil der Jugend außerhalb von Kaunas zögerte noch, auf Deutschland zu setzen. Doch der Kulturverband selbst war nur noch ein Befehlsempfänger des Dritten Reiches. Deshalb konnte keine Diskussion über den Weg des Kulturverbandes und über seine Einstellung zu Litauen und Deutschland stattfinden. Offiziell betonte der Kulturverband, daß die Deutschstämmigen Treue sowohl zu Litauen als auch zu Deutschland halten wollen. Sicherlich war das ernst gemeint, doch diese Bailance wäre im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Litauen nicht aufrechtzuerhalten gewesen. 1939/40 befand sich die deutsche Minderheit auf dem

Weg, sich von Litauen zu distanzieren und es nicht als ihren Staat anzuerkennen.

2. Der Poker um die Umsiedlung

Den verantwortlichen deutschen Stellen war die im Vergleich zu den Baltendeutschen oder auch zu den Polendeutschen noch immer geringere Begeisterung für Deutschland bei der deutschen Gruppe in Litauen bekannt. Wenn Hitler im Herbst 1939 die Litauendeutschen gemeinsam mit den Baltendeutschen zur Rückkehr ins Reich aufgefordert hätte, wären auf keinen Fall alle gegangen, vermutlich nur die städtische Bevölkerung und die studierende Jugend. Doch kam es nicht zu einer Zerreißprobe für die deutsche Gruppe.

Wie standen die Litauendeutschen 1939/40 der von Hitler in Aussicht gestellten Umsiedlung gegenüber? Die Idee der Umsiedlung war der Gesellschaft in Litauen nicht fremd. Schließlich wurde sie immer wieder im Europa der dreißiger Jahren von den nationalsozialistischen und autoritären Kräften in Erwägung gezogen. Die SS mit ihrem Reichsführer Himmler hatte schon 1936 die Umsiedlung aller Deutschstämmigen ins Auge gefaßt. Aktuell wurde die Umsiedlung erst mit dem Hitler-Stalin-Pakt im August/September 1939 nach der Aufteilung Polens und des Baltikums. Baltendeutsche Funktionäre drängten daraufhin Hitler zu ihrer schnellen Umsiedlung. Seitens des Kulturverbandes in Litauen wurde diesbezüglich kein Wunsch geäußert, vermutlich, weil man in Kaunas über die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes nicht informiert war. Am 6. Oktober 1939 verkündete Hitler offiziell die Rückführung aller Volksdeutschen ins Reich. Gleich nach dieser Rede wurde von Reichardt nach Berlin bestellt und dem Kulturverband die Registrierung aller Litauendeutschen befohlen. Über den Termin der Umsiedlung wurde aber noch nicht entschieden. Am 2. November leitete das Auswärtige Amt der Gesandtschaft in Kaunas die Nachricht zu, daß die Umsiedlung nicht als vordringlich angesehen wird. Als Grund für diese Zurückstellung führt Stossun den Wunsch Deutschlands auf Angliederung der südlitauischen Kreise an. Zwar gibt es für diesen Zusammenhang keinen direkten Beweis, doch ist diese Ursache plausibel. Offenbar hegten die Verantwortlichen des Deutschen Reiches Pläne, in Südlitauen alle Litauendeutschen anzusiedeln und die hier wohnenden Litauer in das

an die Sowjetunion fallende Restlitauen abzuschieben. Damit brachte sich jedoch Berlin in ungeahnte Schwierigkeiten, weil Molotov nichts Eiligeres zu tun hatte, als diesen Plan dem litauischen Außenminister Urbšys zu unterbreiten, um ihn zur Annahme eines sowjetisch-litauischen Schutzvertrages zu bewegen. Eine Umsiedlung der Litauendeutschen mit Ausnahme der südlitauischen Kreise hätte der ganzen Welt die Existenz eines Zusatzvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 28. September 1939 bestätigt. Eine Repatriierung aus ganz Litauen hätte aber gleichzeitig den Verzicht auf südlitauische Kreise bedeutet. So entstand zwischen der Umsiedlung und dem geheimen Zusatzvertrag ein Junktim und die Litauendeutschen wurden im Interesse Deutschland zurückgestellt. Der litauischen Regierung war diese Verquickung bekannt, wie es aus einem Memorandum der litauischen Botschafter in den westlichen Staaten vom 2. November 1939 ersichtlich wird. Von diesem komplizierten Zusammenhang wußte jedoch der Kulturverband nichts und noch weniger die Masse der deutschen Gruppe. Die Begeisterung für eine eventuelle Umsiedlung hielt sich sehr in Grenzen. Die Erfassung der Litauendeutschen und ihres Vermögens zog sich in die Länge und wurde erst kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Juni 1940 abgeschlossen. Immerhin stieg die Zahl der Mitglieder im Kulturverband von 3.000 im Herbst 1939 bis auf 10.000 im Juni 1940. Der sowjetisch-litauische Schutzvertrag und die Stationierung sowjetischer Truppen ängstigten viele Deutsche und bewogen sie, sich mit der Eintragung in die Listen des Kulturverbandes abzusichern. Der Kulturverband ging von ca 40.000 Ausreisewilligen aus.

3. Die Haltung der litauischen Regierung und der Gesellschaft zu der Umsiedlung

Die litauische Regierung ging davon aus, daß ihrem Staat solange keine Besetzung durch die Sowjets drohe, wie die deutsche Volksgruppe im Land verblieb. Daher wollte sie auf keinen Fall irgendeinen Druck auf die deutsche Regierung und die deutsche Minderheit ausüben. Sie hütete sich, deutsche Stellen auf die Pläne zur Umsiedlung anzusprechen. Offiziell gab sie zu verstehen, daß sie die Umsiedlung als eine rein deutsche Angelegenheit betrachte. Man Heß

durchblicken, daß man nichts gegen die Umsiedlung einzuwenden habe. Man überlegte sich sogar, sie mit einer Rücksiedlung aller Suwalkilitauer und der memelländischen Litauer zu koppeln. Litauen wollte auf alle Fälle jeglichen Konflikt mit Deutschland vermeiden. Der stellvertretende Premierminister Bizauskas hat dem amerikanischen Gesandten in Kaunas am 27. Oktober 1939 diese Ansicht bekräftigt. Lediglich bei Eigentumsangelegenheiten wolle man im Falle einer Umsiedlung Beschränkungen auferlegen. Deshalb hat die litauische Regierung die angelaufene Registrierung nicht behindert, warnte jedoch vor der Erfassung von litauischen Lutheranern, als sich auch solche in die Listen eintragen ließen. Darüber beschwerte sich der Präsident des Konsistoriums der Lutherischen Kirche. Der Kulturverband lenkte in dieser Frage ein. Er beharrte jedoch auf seine Zuständigkeit bei der Erfassung der Ausreisewilligen. Dazu Heß die litauische Regierung im Januar 1940 verlauten, daß eine Umsiedlung eine Staatsangelegenheit sei, und solange Deutschland nicht an Litauen mit dieser Frage herantrete, betrachte sie sie als nicht existent.

Die litauische Öffentlichkeit erfuhr natürlich nichts über die geheimen Verträge zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Doch angesichts der Stationierung von sowjetischen Truppen wertete auch sie das Verbleiben der Litauendeutschen als eine Garantie für die Sicherheit ihres Landes. Insgesamt gesehen brachte man Verständnis für die Umsiedlung derjenigen auf, die sich in Litauen nicht heimisch fühlten. Doch Freude darüber - wie in Lettland - kam nicht auf. Nur vereinzelt gab es seitens einiger Nationalisten Aufforderungen an die deutsche Gruppe, das Land zu verlassen. Solche Vorkommnisse beschränkten sich auf Ausnahmen. Es fehlten aber auch nicht warnende Stimmen seitens litauischer Freunde an die Deutschen, nicht in das kriegsführende Deutschland zu gehen. Diese Warnungen verfehlten sicherlich ihre Wirkung nicht.

4. Unter der sowjetischen Herrschaft

Doch auch Litauen blieb nicht vom Krieg verschont. Der Einmarsch der Sowjets am 15. Juni 1940 war Teil des Zweiten Weltkrieges, wenn es dabei auch zu keinen Kampfhandlungen kam. Der Einmarsch veränderte die Situation völlig. Erst jetzt gab es unter den Deutsch-

stämmigen einen allgemeinen Aufbruch. Jetzt erst wollten sich viele der litauischen Lutheraner und ein Teil der nur litauisch sprechenden Deutschstämmigen sowie die Nachkommen der nach Litauen eingewanderten Preußisch-Litauer der deutschen Gruppe anschließen. Jetzt drängte auch der Kulturverband auf eine rasche Umsiedlung. Davor hatten die Verantwortlichen im Kulturverband praktisch nur die Anweisungen aus Berlin ausgeführt, aber keine eigenen Aktivitäten entwickelt. Sie hatten immer wieder mit dem Hinweis auf die weise Führung des "Führers aller Deutschen" die Landsleute beruhigt.

Auch in Deutschland wurden die zuständigen Stellen aktiv. Die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin ergriff jetzt die Initiative und erbat am 22. Juni 1940 neue Weisungen seitens des Außenministers Ribbentrop. Der deutsche Gesandte in Litauen, Zechlin, sprach sich am selben Tag für die rasche Umsiedlung aus. Ribbentrop befürwortete sie unverzüglich, doch der für die Umsiedlung zuständige Reichsführer-SS, Himmler, bestand hartnäckig auf der Angliederung der südlitauischen Kreise an Deutschland, obwohl sie von den Sowjets besetzt waren. Die Sowjetunion erbat Verhandlungen über den Verbleib dieser Kreise. Erst Anfang September gab Hitler diesem Ersuchen nach. Zugleich sollten auch die Modalitäten der Rücksiedlung der Litauendeutschen ausgehandelt werden. Die Verhandlungen blieben aber schon im Anfangsstadium wegen der Höhe des Vermögensausgleichs der Umsiedler stecken. Wieder wurden die Litauendeutschen von der reichsdeutschen Regierung als Faustpfand eingesetzt. Zuerst galt es, der Sowjetunion möglichst viel an Vermögensausgleich und für die Überlassung der südlitauischen Kreise abzurufen. Dabei war die Lage der deutschen Gruppe sehr unsicher geworden. Zwar drohte ihnen keine so unmittelbare Gefahr wie den Litauern, weil der Freundschaftsvertrag mit Deutschland sie schützte, doch die Angst vor Repressalien wurde immer grösser. Obwohl der Kulturverband nicht wie viele anderen Organisationen aufgelöst wurde, ließ man seine Tätigkeit aufs Genaueste beobachten und schränkte sie möglichst ein. Jetzt gab es tatsächlich für alle Deutschstämmigen keine sinnvolle Alternative zur Umsiedlung. Die Aufnahme in die Liste der Umsiedler empfanden alle als ihre Rettung.

Doch zuerst mußten sich die Litauendeutschen mit Geduld wappnen. Einer raschen Umsiedlung standen noch die Interessen Deutschlands im Wege. Erst nach dem gewonnenen Poker um eine hohe Bezahlung für die Überlassung von Gebieten, die gar nicht zu Deutschland gehörten, kam es am 10. Januar 1941 zum Vertrag über die Umsiedlung. Mit jedem Tag wuchs die Zahl der Ausreisewilligen. Die deutsche Seite beharrte darauf, daß alle Evangelischen als Deutsche anerkannt wurden. Unter diesem Deckmantel reisten neben litauischen Lutheranern viele Reformierte aus, obwohl von ihnen kaum einer deutschstämmig war. In die Listen wurden auch Schweizer aufgenommen. So manchen hochgestellten litauischen Persönlichkeiten und deren Familien wurden sogar falsche Papiere ausgestellt, wenn Deutschland darin Vorteile für sich sah. Man scheute sich auch nicht vor dem Hinausschmuggeln von Litauern unter dem Gepäck der Umsiedler und in den Trecks. Stossun weist nach, daß es weitgehend bei den Deutschen lag, wen sie als Umsiedler anerkannten oder nicht. Auf diese Weise stieg ihre Zahl auf 50.142 an. Da schon davor über zwei Tausend Wilnaer Deutsche das Land verlassen hatten, erhöhte sich die Gesamtzahl der Umsiedler aus Litauen auf über 52.000. Offenbar hatte Deutschland in dieser Phase Interesse daran, möglichst viele Bürger Litauens mitzunehmen.

In der Diskussion über die Notwendigkeit dieser Umsiedlung wurde später das Argument aufgeführt, daß ohne die Umsiedlung die Litauendeutschen entweder durch die Deportation im Juni 1941 oder beim Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges Schaden hätten nehmen können. Diese Gefahr war allerdings nicht so groß. Bis zum unmittelbaren Kriegsausbruch schützte der deutsch-sowjetische Beistandspakt die Deutschstämmigen. Nach dem Ausbruch des Krieges wurde Litauen innerhalb von wenigen Tagen von deutschen Truppen besetzt, so daß die zurückflutenden sowjetischen Truppen keine Zeit für größere Vergeltungen gefunden hätten. Allerdings wäre ein Verbleiben der deutschen Gruppe in Litauen 1944 unsinnig gewesen. Insgesamt kann man zustimmen, daß die Umsiedlung im Februar-März 1941 fürs Erste allen Umsiedlern Sicherheit bot. Die Litauendeutschen wurden jedoch bald neuen Zumutungen und Gefahren ausgesetzt.

5. In Deutschland

Niemand hatte vor der Umsiedlung Einblick bekommen, was die Litauendeutschen in Deutschland erwartete. Die Hoffnungen waren vielfach groß, die Enttäuschung umso nachhaltiger. Die Umsiedlung brachte für viele zuerst die Trennung von Familien. Frauen und Kinder der Bauernfamilien wurden mit den Zügen nach Deutschland transportiert, dagegen sollten die Männer die Trecks begleiten. Manche Familien fanden sich erst nach Monaten wieder zusammen. Bei der Verteilung auf Lager kam es zu Engpässen, weil sie nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen. So mußten die Umsiedler auf verschiedene Lager in Lodz, in Pommern und sogar in Mecklenburg aufgeteilt werden. Die Unterbringung war größtenteils sehr notdürftig: eingezäunte Lager, kaum Ausgang, schlechtes Essen und teilweise erniedrigende Behandlung durch das Lagerpersonal. Für fast ein halbes Jahr von Mitte Juni bis Oktober 1941 wurde sogar eine totale Lagersperre wegen der Durchschleusung verhängt. Jeder verbrachte mindestens ein Jahr in Lagern. Noch 1944 befanden sich 6911 Litauendeutsche in Lagern. So ist es nicht verwunderlich, daß die anfängliche Begeisterung besonders der Jüngeren bald einer Ernüchterung und Enttäuschung Platz machte. In Lagern gab es wenig Arbeitsmöglichkeiten. Lediglich Bauern wurden auf den umliegenden landwirtschaftlichen Betrieben als Landarbeiter eingesetzt, wo sie hart arbeiten mußten und schlecht behandelt wurden. Die hochmütig gewordenen Deutschen schauten verächtlich auf diese fremden Umsiedler herab. Der mit der Bahn gesondert verfrachtete Hausrat blieb in Danzig liegen und wurde nur Wenigen später zugestellt. Die Menschen mußten mit dem auskommen, was sie im Handgepäck mitgenommen hatten.

Mittlerweile bestand keine eigene litauendeutsche Organisation mehr, die die Interessen dieser Gruppe hätte vertreten können. Schon am 22. Januar 1941, kurz nach dem Erscheinen des deutschen Umsiedlungsstabes in Kaunas, wurde der Kulturverband aufgelöst. Die Zersplitterung der Umsiedler auf viele Lager ohne Rücksicht auf bestehende

nachbarschaftliche und verwandtschaftliche Bande erschwerte den Zusammenhalt der Gruppe. Vor den Nazibehörden standen jetzt Einzelpersonen, über die man leicht verfügen konnte. Den größten Eingriff in den Zusammenhalt der Litauendeutschen sollte aber die Teilung in A- und in O-Fälle während der Durchschleusung bringen. Sie wurde von der Einwandererzentrale vorgenommen, die auf Befehl des Reichsführers SS von der Sicherheitspolizei und dem Sicherheitsdienst eingerichtet worden war. Hierbei galt es nicht nur, die Personalien aufzunehmen und über die Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Bei der Erfassung für die Umsiedlung in Litauen hatte noch die Religion über die Volkstumszugehörigkeit entschieden. Jetzt stand die Feststellung der rassistischen Zugehörigkeit im Vordergrund, die sogar mehr bedeutete als ein deutscher Name und die Kenntnis der deutschen Sprache. Die rassistische Bewertung nach vier Wertungsstufen gemäß der nazistischen Rassenlehre entschied praktisch darüber, ob jemand als A-Fall für die Arbeit im Altreich oder als O-Fall für die Kolonisation im Osten eingeteilt wurde. Um diese Fragen zu klären, wurden aus den Reihen der Litauendeutschen 20 besonders linientreue Volkstumssachverständige ausgesucht und geschult. Sie waren sehr gefürchtet, denn sie konnten wegen ihrer besseren Kenntnisse der Situation in Litauen nicht so leicht hintergangen werden. Es sprach sich sehr schnell herum, daß von diesen Untersuchungen im Wesentlichen das weitere Schicksal abhing. Besonders gründlich wurden Angehörige von Mischehen und Personen ohne deutsche Sprachkenntnisse beurteilt, die immerhin 30% ausmachten. In Litauen war man davon ausgegangen, daß die ganze Gruppe irgendwo im Warthegau, wie die Baltendeutschen, angesiedelt wird. Deshalb fühlten sich diejenigen, die für das Altreich bestimmt wurden, jetzt diskriminiert und entwürdigt. Hierzu gehörten die nicht einwandfrei zur nordischen Rasse zugeteilten und die politisch nicht zuverlässigen Personen sowie die Mischehen. Aufgewertet fühlten sich dagegen die O-Fälle. Insgesamt gesehen fiel es der Einwandererzentrale nicht leicht, die Leute in A- und in O-Fälle einzuteilen. Schließlich gab es genügend Personen, die trotz der nordischen Rassemerkmale und einem deutschen Namen kein Deutsch verstanden. Letztlich entschied daher fast alleine die rassistische Beurteilung. Daher war es auch nicht verwun-

derlich, daß die Ergebnisse dieser ganzen Durchschleusung die Nazi-behörden nicht befriedigte. Nur 28.247 Personen, also 56,44%, konnten den hohen Ansprüchen an zukünftige deutsche Kolonisten im Osten genügen. Dagegen mußten 21.804 Personen, also 43,56%, ins Altreich als Arbeitskräfte gehen und erhielten vorläufig keine deutsche Staatsangehörigkeit. Von diesen A-Fällen waren sogar 60% Mischehen, was den starken Verschmelzungsgrad zwischen Litauern und Deutschen bestätigte. Keine anderen Gruppe von Volksdeutschen war daher in den Augen der Einwanderungszentrale so von Fremdrassigen unterwandert wie die Litauendeutschen.

Dieses für sie niederschmetternde Ergebnis wollten viele A-Fälle nicht so ohne weiteres hinnehmen. In ihrer Not, von den Volksgenossen getrennt zu werden, leisteten sie einen zähen Widerstand gegen die Behörden. Es ist bewundernswert, wie diese meist einfachen Menschen den Mut aufbrachten und Wege und Mittel fanden, Protestschreiben und Eingaben an die Einwanderungszentrale zu richten. Diese nachhaltigen Proteste verfehlten nicht ihre Wirkung. In vielen Fällen wurden die Akten nochmals durchgesehen und zugunsten der Betroffenen entschieden. Letztlich wurden bis Juni 1944 sogar 39.012 Personen als O-Fälle gezählt, so daß nur noch 10.996 als A-Fälle verbuchen. Von den A-Fällen begaben sich etliche auf eigene Faust nach Litauen und ließen sich von dort nicht vertreiben.

Die O-Fälle blieben weiterhin in den Lagern. Der lange Lageraufenthalt und die schlechte Behandlung wirkten sich demoralisierend auf sie aus. Man hatte das Lagerleben durch und durch satt. So ist es verständlich, daß bei dem ersten Gerücht über eine Rückführung nach Litauen alle in Jubel ausbrachen. Sicherlich kam dabei auch die Freude auf die Heimat auf, aber die Aussicht auf eine freie und selbständige Gestaltung des Lebens überwog wohl in diesem Moment. Doch es dauerte noch einige Monate, bis die Ersten nach Litauen zurückgehen konnten.

6. Die Rücksiedlung

Pläne für eine deutsche Kolonisation in Litauen entstanden schon während des Ersten Weltkrieges. Schon damals gab es ganz konkrete Überlegungen zu der sogenannten Rigabrücke. Entlang den Eisen-

bahnlinien von Tauragė, Šiauliai und Riga sowie von Wirballen, Kaunas, Biržai und Riga sollten deutsche Kolonisten angesiedelt werden. Im Juni 1918 drängte Pfarrer Paul Tittelbach den Legationsrat von Hatzfeld, die Litauendeutschen dafür zu verwenden. Derselbe Plan mit der Rigabrücke wurde 1942 in die Tat umgesetzt. Tittelbach, der ab 1921 das Kirchenamt des Seniors der deutschen Gruppe bekleidete, war es sogar beschieden, an dieser Kolonisation teilzunehmen.

Doch diesmal standen hinter der Kolonisation in Mittelosteuropa weitaus entschlosseneren Kräfte mit noch gefährlicheren Zielen als im ersten Weltkrieg. Vertreibung der Urbevölkerung, Ansiedlung der germanischen Rasse und Germanisierung dieser Länder gehörten zum Programm Hitlers, das Himmler verwirklichen sollte. Der von Konrad Meyer ausgearbeitete Generalplan-Ost aus dem Jahre 1942 sah eine Germanisierung auch der baltischen Länder vor. Dabei sollten die baltischen Völker mit Ausnahme derjenigen, die germanische Rassemerkmale aufwiesen, umgesiedelt oder als Arbeitskräfte verwendet werden. Im Rahmen dieses Planes fand auch die Rücksiedlung des für die Ostsiedlung für tauglich befundenen Teils der Litauendeutschen statt. Allerdings sollten aus politischen Überlegungen vorläufig die Litauer nicht durch die Kolonisation von ihrem Besitz und Boden verdrängt werden.

Auch Stossun konnte nicht mit Sicherheit klären, wann der Gedanke einer Rücksiedlung der Litauendeutschen aufkam. Noch bis Herbst 1941 lief die Planung auf die Ansiedlung der O-Fälle im Gau Danzig-Westpreußen und in Südostpreußen hinaus. In Südostpreußen wurden bis Herbst 1941 bereits 1310 litauendeutsche Familien mit 3.508 Personen notdürftig untergebracht. Die meisten von diesen siedelten später nach Litauen über.

Zur Überraschung aller, eröffnete Himmler im September 1941 in seiner Funktion als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, daß die noch in Lagern untergebrachten Litauendeutschen als Kolonisten in Litauen gebraucht werden. Doch der Streit um Kompetenzen zwischen Himmler und Rosenberg, als Leiter des Ostministeriums, verhinderte die schnelle Verwirklichung dieses Planes. Man begnügte sich schließlich mit einem Kompromiß. Der auf

Himmlers Veranlassung aufgebaute Ansiedlungsstab in Kaunas wurde zwar dem Generalkommissar von Renteln unterstellt, konnte jedoch in seiner praktischen Arbeit unabhängig vorgehen. Zwischenzeitlich hatte sich jedoch Hitler in diese Planung eingemischt und zuerst die Rücksiedlung untersagt. Er befürchtete, daß die Litauendeutschen sich noch nicht genügend nationalsozialistisches Gedankengut angeeignet hätten. Der Leiter des Ansiedlungsstabes, Duckart, und der Ostminister Rosenberg argumentierten aber, daß das Lagerleben entgegengesetzte Wirkung habe. Sie überredeten Hitler, sein Einverständnis für dieses einmalige Experiment in der deutschen Ostsiedlung zu geben. Somit stand erst am 13. Mai 1942 der endgültige Beschluß für die Rücksiedlung fest. Der Ansiedlungsstab hatte daher Zeit, alles Notwendige für eine rasche Rückkehr vorzubereiten.

Inzwischen fand man auch eine Einigung über die Ansiedlungsgebiete und über das Vorgehen bei der Kolonisation. Von Renteln bevorzugte den Plan mit der bereits genannten Rigabrücke. Er hatte den Vorteil, daß in diesem Gebiet der meiste frühere deutsche Besitz lag, und die Böden durchweg fruchtbar waren. Auch Himmler befürwortete die Rücksiedlung der Litauendeutschen auf ihren früheren Besitz, der allerdings auf eine für Deutsche würdige Größe erweitert werden sollte. Besitz in litauischer Hand sollte jedoch aus politischen Gründen nicht angetastet werden. Vielmehr sollten die Litauer für diesen Plan gewonnen werden. Deshalb standen dem Ansiedlungsstab nur die früheren deutschen, jüdischen und polnischen Höfe zur Verteilung. In den früheren deutschen Höfen lebten mittlerweile die Suwalkilitauer. Man beschloß diese, soweit sie in Suwalki bereits Höfe besaßen, im Wilnagebiet mit neuen Höfen auszustatten. Die übrigen beließ man als Arbeitskräfte. Jüdische Besitzer waren mittlerweile alle vertrieben. Polen wurden dagegen erst jetzt enteignet und zum Arbeitsdienst nach Deutschland zwangsverschickt. Bei der Zusammenstellung und der Freimachung dieser Höfe wurden auch litauische Behörden herangezogen und mitbeteiligt. Da die Litauer selbst nicht betroffen waren, gab es von ihrer Seite anfangs keinen Widerstand gegen die Rückkehr der Litauendeutschen. Frühere Nachbarn begrüßten sogar die zurückkehrenden Deutschen, holten sie von den Bahnhöfen ab und halfen beim Reparieren der Höfe aus. Erst als sie die Sonder-

Stellung der Kolonisten bemerkten und der litauische Untergrund warnende Stimmen gegen die Kolonisation erhob, kühlten die Kontakte zu den Rückkehrern ab.

Der Ansiedlungsstab sah 6.597 Höfe mit über 122.000 ha Land für die Verteilung vor. Letztlich fanden aber nur 5.159 Höfe einen neuen Besitzer. Das übrige Land wurde als Reserve behalten. Es gab Probleme, Familien zur Übernahme der großen früheren polnischen Höfe zu gewinnen. Die meisten Rückkehrer bestanden darauf, ihre alten Höfe zurück zu bekommen. Sie wollten auch lieber in den westlichen und südlichen Kreisen Litauens bleiben, die ihnen vertraut waren. In dieser Situation griff man auf die unerlaubterweise zurückkommenen A-Fälle zurück, die vor die Wahl gestellt wurden, entweder zurückgeschickt zu werden oder Höfe im Osten Litauens zu übernehmen.

Ab Mitte Juni 1942 durften die ersten Rücksiedler ihre Höfe beziehen. Zuerst kehrten die Männer zurück, um die nötigen Reparaturen vorzunehmen. Nach einigen Wochen kamen auch die Familien nach. Die Siedler erhielten für den Anfang Vieh und Saatgut und alle möglichen Vergünstigungen. Dennoch fühlten sie sich überfordert. Die auf durchschnittlich 24,6 ha vergrößerten Höfe, von denen einige sogar bis 100 ha umfaßten, konnten von einer Familie nicht bearbeitet werden. Es fehlte auch an Erfahrung mit der Bewirtschaftung großer Flächen. Da 1942 die Rückkehr schon zu spät für eine Aussaat stattfand, gab es regelrechte Engpässe bei der Selbstversorgung. Immer wieder mußte der Ansiedlungsstab aushelfen. Erst nach der Ernte von 1943 verbesserte sich die Lage. Doch da blieb nicht einmal ein Jahr bis zur neuerlichen Flucht übrig.

Die deutschen Siedler sollten auf keinen Fall Litauern gleichgestellt, sondern ihnen bevorzugt werden. Die Kontakte zu Litauern sollten auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. Der Ansiedlungsstab gab Anweisungen für das Verhalten gegenüber Litauern aus. Es wurde zwar eine korrekte aber zugleich auch herrische Haltung von den deutschen Siedlern erwartet. Die anderen sollten spüren, daß sie es mit einer Herrenrasse zu tun hatten. Den Deutschen standen überall Sondereinrichtungen zur Verfügung, angefangen von der rein deutschen Schule und dem deutschen Krankenhaus bis hin zu Geschäften nur für Deut-

sche. Es war sogar verboten, litauische Gottesdienste zu besuchen, obwohl nur wenige deutschsprachige angeboten werden durften. Die Aufgabe der Rücksiedler war es, deutsche Inseln in der litauischen Umgebung zu bilden, die später zu größeren deutschen Siedlungen ausgebaut werden konnten. Von den weitreichenden deutschen Plänen wußten zwar die litauischen Nachbarn nicht, doch sie registrierten die Sonderstellung der deutschen Rückkehrer. Bald wich die freudige Begrüßung dem Mißtrauen und der Ablehnung. Sehr schnell merkten die Litauer, daß es bei dem herausgestellten deutsch-litauischem Siedlungswerk um eine rein deutsche Kolonisation ging. Es entstanden Gerüchte, daß die mit großen Abgaben belegten litauischen Bauern bei Nichterfüllung der Normen zugunsten der Deutschen enteignet werden sollten. Mit der Zeit lehnten immer mehr Litauer jegliche Zusammenarbeit mit der deutschen Verwaltung ab. Konsequenterweise verweigerten sie im Frühjahr 1943 die Bildung einer litauischen SS-Division. Daraufhin ergriff von Renteln Zwangsmaßnahmen. Doch hierbei befürchtete er Übergriffe auf deutsche Siedler als Vergeltung und unterband für eine Weile die Fortsetzung der Rücksiedlung. Nach sechs Wochen wurde sie zwar wieder freigegeben, doch so richtig kam die weitere Siedlung nicht mehr in Gang. Bis Frühjahr 1943 wurden an die 20.000 bäuerliche Siedler in Litauen untergebracht.

Nicht geklärt blieb die Rücksiedlung der städtischen deutschen Bevölkerung. Der finnische Historiker Seppo Myllyniemi geht in seiner Untersuchung über die Neuordnung der baltischen Länder zwischen 1941- 44 (Helsinki 1973) davon aus, daß hauptsächlich 1943 etwa 10.000 Litauendeutsche in litauischen Städten angesiedelt wurden. Dabei beruft er sich auf einen Bericht über den Stand der Rücksiedlung vom 10.11.1943. Stossun dagegen nennt keine genaue Zahlen bei der Stadtbevölkerung und spricht von großen Schwierigkeiten, Wohnraum in den Städten zu finden. Für die Unterbringung in der Stadt war nicht der Ansiedlungsstab, sondern die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand Gesellschaft zuständig, die nicht so effektiv arbeitete. Deshalb glaubt Stossun, daß die Ansiedlung in den Städten in den Anfängen stecken blieb.

7. Litauische Reaktion auf die Rücksiedlung

Wir sprachen schon über die geschickte Art des Ansiedlungsstabes, die Kolonisation so durchzuführen, daß dabei Litauer vorerst keinen unmittelbaren Schaden erlitten. Bei der Enteignung des jüdischen und polnischen Besitzes konnte die deutsche Verwaltung sogar mit der Hilfe von litauischen Behörden rechnen. Der Leiter des Ansiedlungsstabes, Duckart, verbreitete in der Presse beruhigende Aussagen zur Rückkehr der Deutschen. Er war der Meinung, daß das Zusammenleben zwischen Deutschen und Litauern ausschließlich eine Frage der Organisation sei. Die rücksichtslose Besatzungspolitik ließ aber schnell die deutschfreundliche Haltung der meisten Litauer schwinden. Auch die Sonderstellung der Litauendeutschen verärgerte viele Einheimische. Spätestens ab Anfang des Jahres 1943 gab es nur noch punktuelle Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Litauern. Jetzt kamen auch vereinzelt Übergriffe auf die Volksdeutschen vor. Deshalb bestimmte der Ansiedlungsstab den Aufbau eines Sicherheitsdienstes und einer Selbstverteidigung für die Litauendeutschen. Jagdwaffen zu Verteidigungszwecken wurden ausgeteilt. Besonders der litauische Untergrund beobachtete von Anfang an die Rücksiedlung mit Mißtrauen. Er erkannte zwar das legitime Recht der Litauendeutschen auf ihren früheren Besitz an, warnte aber schon 1942 vor Sonderrechten und generell vor jeder Enteignung des nichtdeutschen Besitzes. 1943 gab es schon viel deutlichere Warnungen an die Adresse der Litauendeutschen. Sie wurden als Kolonisten betitelt und die ganze Rücksiedlungsaktion als Raub des litauischen Bodens bezeichnet. Die Litauer drohten, die Rücksiedler als Geiseln zu betrachten, die für die Übergriffe der Deutschen geradezustehen hätten.

Die Lage der Litauendeutschen war in der Tat prekär. Sie wohnten verstreut unter Litauern und waren auf deren Wohlwollen als Nachbarn angewiesen. Doch sie sollten eine deutsche Politik vertreten, die gegen die Litauer gerichtet war. Man kann daher nur staunen, daß bei diesen Spannungen nur so wenigen Deutschen etwas zugestoßen ist. Das spricht dafür, daß Litauendeutsche selbst keine direkte Konfrontation mit den Einheimischen gesucht und daß Litauer Gewalt gegen

Deutsche vermieden haben. Für die Beziehung zwischen Litauern und Volksdeutschen war es jedoch ein Glücksfall, daß diese Situation lediglich zwei Jahre andauert hat. Diese kurze Zeitspanne konnte die früheren weitgehend positiven Erfahrungen nicht nachhaltiger trüben.

8. Die Einstellung der Litauendeutschen in Bezug auf Litauen 1942-44

Die litauische Untergrundzeitschrift "Į Laisvę" schrieb am 26. Juni 1943: "Die Umsiedler kehren nicht etwa als verlorene Söhne in ihre Heimat zurück. Vielfach kommen sie sich als Herren der Lage vor und sind eifrig dabei, Werkzeug der Okkupanten in der Versklavung Litauens zu spielen...". Ich glaube, daß diese Beschreibung recht gut das Dilemma der Litauendeutschen wiedergibt. Sie waren gerne in ihre Heimat zurückgekehrt und hätten am liebsten ihren Auftrag vergessen, daß sie als Träger der deutschen Kolonisation vorgesehen waren. Sie suchten in Litauen ihre in den Lagern lange vermißte Selbständigkeit und gerieten dabei sehr schnell in die totale Abhängigkeit von der nazistischen Siedlungspolitik. Die Betroffenen haben bis heute kaum über ihre damaligen Beweggründe und Gefühle gesprochen. Offenbar gab es vielfach ein schlechtes Gewissen, denn der Ansiedlungsstab hatte Mühe, Siedler für enteignete jüdische und polnische Höfe zu finden. Die meisten wünschten, auf ihre früheren Höfe zu kommen, und sträubten sich oft gegen eine Vergrößerung der Höfe. Daß die ganze Situation den Rücksiedlern nicht behagte, kann ich den Erlebnissen meiner Familie entnehmen. Meine Eltern hatten 1942 ein polnisches Gut in der Nähe von Kaunas übernommen. Mein Vater, der nur ein paar Brocken Deutsch sprach, fühlte sich überfordert von dieser Aufgabe. Über diese Zeit als Großgrundbesitzer wollte er nie sprechen. Nur meine Mutter erwähnte einige Male, daß sie Todesängste durchstand, wenn er zur Anleitung der Arbeiter aufs Feld hinausritt. Sie sei erst wieder aufgelebt, als die Familie vor den Sowjets fliehen mußte.

Es fällt heute auf, wie wenig die Litauendeutschen über ihre Rückkehr berichtet haben. Über die Zeit bis 1941 sind alle Jahrgänge der "Heimatstimme" und des "Heimatgrußes" voll, doch über die Rück-

kehr nach Litauen finden sich nur Bruchstücke und Andeutungen. Wo liegen die Ursachen für dieses seltsame Schweigen? Trotzdem denke ich, daß die Rückkehr die heilsame Erfahrung erbrachte, daß man zwei Herren nicht gleichzeitig dienen kann.

9. Die Verbannung der in Litauen verbliebenen Volksdeutschen 1945

Die Flucht vor der anrückenden sowjetischen Armee will ich weitgehend aussparen. Fast allen gelang es, sich rechtzeitig nach Ostpreußen und weiter ins Reich abzusetzen. Viele von ihnen wurden tiefer ins Reich transportiert und entgingen so den Zusammenbruch im Osten. Doch alle wehrtauglichen Männer wurden eingezogen, und viele fielen noch in den letzten Monaten des Krieges für den Führer. Sicherlich kamen am besten die im Altreich angesiedelten A-Fälle davon. Ihnen blieben weitgehend die Flucht und das neuerliche Einleben in einer anderen Umgebung erspart.

Ein völlig anderes Schicksal wartete aber auf die wenigen Deutschstämmigen, die aus verschiedenen Gründen in Litauen geborgen waren. Die Aufdeckung des Martyriums dieser Gruppe verdanken wir der litauischen Historikerin Nastazija Kairiūkštytė. In Litauen lebten nach der Flucht von 1944 nur einige wenige Angehörige von Mischehen und solche, die sich nicht von der Heimat trennen wollten. Während des Krieges mißtrauten die Sowjets allen Deutschen und Deutschstämmigen. Daher war auch für die Litauendeutschen dasselbe Schicksal wie für die Rußlanddeutschen vorgesehen. Am 16. Dezember 1944 unterschrieben die Verantwortlichen in dem vor einigen Monaten zurückeroberten Vilnius einen Befehl an die NKWD, Litauen von allen Deutschstämmigen zu reinigen. Noch immer galt die Anweisung Stalins von 1941, alle Deutschstämmigen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion in den asiatischen zu verbannen. Der Befehl erstreckte sich auf alle Deutschstämmigen, ungeachtet ihres Alters und ihrer politischen Einstellung. Auch nichtdeutschstämmige Familienangehörige sollten verbannt werden. Die NKWD legte bis April 1945 Akten über solche Familien an und trug sogar den Grund für die Deportation ein, z. B. Verwandtschaft in Deutschland, Teilnahme an der Umsiedlung von 1941 und sogar die evangelische Kon-

fession. Nur ganz wenigen Familien wurde es erlaubt, in Litauen zu bleiben, meistens aus Altersgründen. Für die Verbannung wurden schließlich 300 Familien mit 291 Männern, 396 Frauen und 313 Kindern vorgesehen. Am 18. April 1945, also noch während des Krieges, kam die Anweisung, diese Familien festzunehmen, in Sammelunterkünften zu erfassen und bis zum 26. April nach Kaunas zum Abtransport zu bringen. Einigen gelang es zu fliehen, so daß schließlich 812 Personen die Fahrt antraten. Am 3. Mai fuhr der Zug mit 55 Waggons und diesen Deportierten ab. Nach einem Monat erreichte man die Verbannungsorte in Tadschikien, wo die Verbannten auf Sowchosen verteilt wurden. Die Bevölkerung behandelte die Ankömmlinge zuerst sehr unfreundlich, weil sie sie für Faschisten hielten. Sie erhielten kaum Nahrungsmittel, das Wasser war knapp. Die harte Arbeit auf den Baumwollfeldern war niemand gewohnt. Am schlimmsten war der Hunger, der die meisten Menschenopfer forderte. Noch im Vertreibungsjahr starben 300 und in den nächsten zwei Jahren noch einmal 280 Personen. Und es wären noch mehr verhungert, wenn ihnen Verwandte und Nachbarn aus Litauen nicht immer wieder Pakete mit Nahrungsmittel zugeschickt hätten. Die Unterstützung aus Litauen ging sogar so weit, daß in einem Fall das ganze Dorf eine Eingabe an die sowjetlitauische Regierung verfaßte und bat, zwei von diesen verbannten und bereits stark dezimierten Familien zurückkommen zu lassen. Erst ab 1947 wurden die Lebensbedingungen besser. Mitte der fünfziger Jahren konnten die ca 300 Überlebenden in die Heimat zurückkehren.

1991 haben litauische Wissenschaftler eine Forschungsreise nach Tadschikien unternommen, um Spuren dieser ersten Deportation nach 1944 zu suchen. In Litauen wurde anschließend viel über diese Verbannten geschrieben. Man unterschlug keinesfalls ihre Deutschstämmigkeit, wenn auch mehr ihre litauische Staatsangehörigkeit betont wurde. In diesem Zusammenhang fällt mir auf, daß das reiche Deutschland bis heute noch keinen einzigen Forscher nach Sibirien oder Innerasien geschickt hat, um das Schicksal seiner Landsleute zu erforschen.

10. Die Rückholung der Litauendeutschen nach Litauen nach 1945

Nach der Verbannung des kleinen Restes der deutschen Gruppe war Litauen, wenn man das Memelland nicht dazu rechnet, einige Monate lang tatsächlich deutschfrei. Doch gleich mit der deutschen Kapitulation änderte sich die sowjetische Einstellung zu Litauendeutschen und zu Memelländern. Da alle früheren Verträge mit Deutschland als nicht gültig gesehen wurden, betrachteten die Sowjets die Litauendeutschen als ihre eigenen Bürger. Alle in den Kriegswirren aus ihrer Heimat geflüchteten oder verbannten sowjetischen Staatsangehörigen sollten im ganzen Ostblock eingesammelt und zurückgebracht werden. Die Sowjetregierung errichtete im Mai 1945 in Moskau das Amt des Bevollmächtigten für die Repatriierung der Sowjetbürger. Abteilungen davon wurden in allen Republiken und in Berlin aufgebaut. Zu ihren Aufgaben gehörten die Erfassung, Rückführung und Ansiedlung dieser ehemaligen Sowjetbürger. Überall, wo die Sowjetmacht hinreichte, wurden auch die meisten Litauendeutschen erfaßt und für den Rücktransport nach Litauen vorgesehen. In den ersten Monaten nach dem Krieg haben die Sowjets in Einzelfällen sogar ihre westlichen Verbündeten für die Rückgabe von Litauendeutschen gewonnen. In extra eingerichteten Durchgangslagern wurden die Aufgegriffenen überprüft, verhört und eingeteilt in solche, die nach Sibirien verschickt wurden, und in andere, die nach Litauen zurückkehren sollten. Offiziell standen allen Rückkehrern in Litauen Eingliederungshilfen zu. Davon haben Litauendeutsche allerdings so gut wie nichts gesehen, denn sie galten in den Augen der sowjetischen Beamten als nicht zuverlässig. Viele Deutschstämmigen haben sich auch gar nicht an die in Städten und Kreisen speziell eingerichteten Repatriierungsämter gewandt. Sie versuchten lieber, auf eigene Faust zurechtzukommen. In den sowjetischen Unterlagen sind bis 1953 nur 3.750 zurückgekehrte Litauendeutsche erfaßt, doch es müssen mehr gewesen sein. Offenbar konnten etliche ihre Deutschstämmigkeit verschweigen und sich als Litauer ausgeben. Als zwischen 1958 und 1960 alle Deutschstämmigen aus Litauen ausreisen durften, wanderten bis 1968 4.865 Personen in die Bundesrepublik aus. Da einige schon früher in die

DDR ausgereist waren und einige bis heute in Litauen verblieben sind, kann man davon ausgehen, daß um 1950 in Litauen wieder zwischen 7.000 und 8.000 Litauendeutsche gelebt haben.

Diese Rückkehrer wurden natürlich in Litauen jetzt nicht mehr mit offenen Armen empfangen. Viele von ihnen mußten sich in den ersten Jahren sehr schwer durchschlagen. Ihren früheren Besitz durften sie nicht beanspruchen. In den meisten Fällen fanden sie schließlich Arbeit in Sowchosen und später in Kolchosen und haben sich recht schnell wieder eingelebt. Es gab seitens der Behörden keine spezielle Verfolgung gegen diese Rückkehrer. Sie erhielten in den meisten Fällen die sowjetische Staatsangehörigkeit und wurden nicht anders behandelt als die übrige Bevölkerung. Sogar diejenigen, die die sowjetische Staatsangehörigkeit verweigerten, durften als Staatenlose in Litauen bleiben. Auch die Behandlung durch litauische Nachbarn blieb weitgehend korrekt und sogar herzlich. Anfeindungen oder Rache haben die wenigsten Rückkehrer erfahren.

11. Ausblick

Mich persönlich bewegt es sehr, wie die Grappe der Litauendeutschen diese Odyssee zwischen Deutschland und Litauen bewältigt und verarbeitet hat und wie sie mit den Schicksalsschlägen und völlig unerwarteten Wendungen umging. Manche Familien wurden für Jahre auseinandergerissen. Viele haben bis zu vier Mal das Leben völlig neu anfangen müssen. Sie mußten Demütigungen in den deutschen Lagern hinnehmen, Angst vor Rache in Litauen fürchten und mit Verfolgungen durch die Sowjets nach 1945 rechnen. Die Katastrophe von 1945 fügte vielen schlimme Schicksalsschläge zu. Ich bewundere die Kraft meiner Landsleute, das alles zu überstehen und an eine bessere Zukunft zu glauben. Aber daneben sehe ich auch Defizite in der Bewältigung der Vergangenheit. Wir dürfen nicht die widerspruchslose Annahme des nationalsozialistischen Geistes durch große Teile der Jugend und der Führungskräfte in den Jahren 1938-40 verschweigen. Schwer nachzuvollziehen ist für uns heute die Tatsache, daß so gut wie alle Umsiedler 1941/42 zuerst die Ansiedlung im Warthegau begrüßten und sich später für die Rückkehr nach Litauen begeisterten,

obwohl ihnen ihre Inanspruchnahme für die deutsche Kolonisation nicht verborgen blieb.

Andererseits ist bis jetzt keine direkte Verstrickung unserer Landsleute in Naziverbrechen in Litauen bekannt. Offenbar hat die große Mehrheit der damaligen Rückkehrer versucht, ihre bevorzugte Stellung als Deutsche nicht ungebührlich auszunutzen und litauischen Nachbarn nicht zu schaden. Immer wieder wurde sichtbar, daß "Menschlichkeit" für sie kein leeres Wort blieb. Dennoch denke ich, daß uns eine Distanzierung von den damaligen Verirrungen nicht nur zur Vergangenheitsbewältigung dienen könnte.

Insgesamt gesehen wage ich zu behaupten, daß die Litauendeutschen die Irrwege und Prüfungen des Zweiten Weltkriegs ohne Gesichtsverlust überstanden haben. Sie haben zwar letztlich ihre Heimat verloren, doch dafür ein Vaterland in einem neuen und demokratischen Deutschland gefunden. Sie stellen keine Ansprüche mehr an Litauen und das befähigt sie heute, herzliche Beziehungen zu ihrer ehemaligen Heimat aufzubauen. Das Gedenken an die Ereignisse vor fünfzig Jahren mag uns befähigen, uns auf unsere traditionelle Mittlerstellung zwischen Litauen und Deutschland neu zu besinnen.

